

Pressedienst

Hannover, 22.10.2025

„Kultur muss Stachel im Fleisch der Herrschenden sein“

Bericht vom „1. Kulturpolitischen Ratschlag“ der BSW-Ratsfraktion Hannover

Rund 50 Besucherinnen und Besucher sind zum ersten kommunalpolitischen Ratschlag der BSW-Ratsfraktion zur Kulturpolitik mit dem Musikproduzenten und Liedermacher Diether Dehm am Montagabend ins Rathaus gekommen. Darunter Künstler, Schriftsteller und Journalisten. Viel Applaus erhielt gleich zu Beginn der Hannoveraner Musiker Christian Fahrenheit für seine inoffizielle Hannover-Hymne.



Kultur müsse ein Stachel im Fleisch der Herrschenden sein, umriss Hauptreferent Diether Dehm sein Kulturverständnis. Das Gegenteil sei allerdings oft der Fall. Er beklagte die zunehmende Ausgrenzung von politisch unbequemen Kulturschaffenden. Ein Beispiel sei Dieter Hallervorden, der in der Bevölkerung unangefochten beliebt sei.

Dehm warb für eine neue Erinnerungskultur in der Landeshauptstadt. Die Stadt könne etwa die Freizeitheime mehr wertschätzen. Beispielgebend nannte er das Freizeitheim Linden mit seiner langen linken Tradition, die eng verknüpft sei mit dem Gewerkschafter Egon Kuhn. Dann könne die Stadt an Persönlichkeiten aus Hannover und ihren Lebensweg erinnern. Dehm nannte den Scorpions-Sänger Klaus Meine, den Journalisten Rudolf Augstein und den Kabarettisten Dietrich Kittner.

Auch könne sich die Landeshauptstadt mit Künstlerinnen und Künstlern aus der chinesischen Partnerstadt Changde und der russischen Stadt Ivanovo vernetzen, zu der Hannover freundschaftliche Beziehungen aufgebaut hat, regte Dehm als ehemaliger Kulturpolitiker der Frankfurter Stadtregierung an.



Auf der Veranstaltung ging es auch um das Verhältnis zur AfD, das kontrovers diskutiert wurde. BSW-Fraktionsvorsitzender Dirk Machentanz lehnte eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch ab.

Andre Zingler, Kulturpolitiker der BSW-Fraktion, freute sich über die vielen Besucher/innen und die angeregte Fachdiskussion mit den anwesenden Kulturschaffenden. Die gelieferten Impulse für eine kommunale Kulturpolitik will Zingler im Rat aufgreifen und weiterverfolgen.